Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der

Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der einspalt. Diamantzeile 10 Goldpfennige, von Inserenten direkt aufgegebene Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 6 Goldpfennige. Familienanzeigen, Stellen- u. Wohnungsgesuche 3 Goldpfg. Reklamezeile 50 Goldpfg. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Westfir. 10, Fernspr. 1.

Erscheint täglich.
Bezugspreis wöchentlich 700 Milliarden Mark. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubels, Kamen

Dienstag, den 15. Januar 1924 — 52. Jahrgang. — Nr. 12

Die Stabilisierung der deutschen Währung vor dem Sachverständigen-Ausschuß.

Der Sachverständigen-Ausschuß zur Prüfung der Reparationsfrage und ihrer Lösung ist Montag in Paris zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Der Vorsitzende der Reparationskommission

Barthou

begrüßte die Sachverständigen. Dem Wolffbericht sagte Barthou im wesentlichen in seiner Ansprache: Wir erwarten von Ihnen nicht das Wunder einer unvorhergesehenen Lösung der Reparationsfrage, aber wir erwarten mit aufrichtigem Vertrauen, daß Ihre Sachkunde, Ihre Erfahrung und Ihre Autorität dazu beitragen werden, jenes Ergebnis zu beschleunigen, um das wir uns bemühen. Der Versailler Vertrag ist uns Magna Charta, er wird auch die Ihre sein. In seinem Rahmen werden Sie gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrages Ihre Arbeiten in voller Unabhängigkeit und Unparteilichkeit durchführen. Das Gleichgewicht des deutschen Budgets und die Stabilisierung der deutschen Währung, zwei Probleme, die miteinander zusammenhängen, sind die wesentlichen Vorbedingungen für die Reparationsregelung selber. Deutschland steht nach dem Versailler Vertrag das billige Recht zu, gehört zu werden. Sie werden Deutschland hören in der Form, die Ihnen am zweckmäßigsten erscheint. Wir wünschen im Gesamtinteresse, daß die deutsche Regierung und Ihre Verwaltungsstellen Ihre so schwierige und verwickelte Aufgabe erleichtern. Wir müssen endlich zum Ziele kommen. Die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst sind nicht allein an der Regelung der Reparationsfrage interessiert. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß von ihr das friedliche Gleichgewicht der ganzen Welt abhängt. Nehmen Sie sich Zeit, aber nehmen Sie sich nicht mehr Zeit, als nötig ist. Barthou schlug vor,

General Dawes

zum Vorsitzenden des Ausschusses zu ernennen. Dawes nahm das Angebot an und sagte hierauf in seiner Erwiderung auf die Ansprache Barthous u. a.: Der Erfolg des Sachverständigenkomitees hängt vollständig davon ab, daß in der öffentlichen Meinung und in dem Gewissen der Alliierten und der Welt die genaue Vorstellung von dem Unglück vorhanden sei, von dem jeder einzelne der Alliierten und ganz Europa bedroht sei, wenn der gesunde Menschenverstand sich nicht durchsetze. Das Ergebnis der Sachverständigenarbeiten und das Maß, in dem die Reparationskommission es sich zu Nutze machen werde, um danach zu handeln, werde vielleicht die endgültige Antwort auf diese Fragen liefern. Fünf Jahre hindurch hatte unter den Alliierten nicht jenes Einvernehmen geherrscht, das für den wirklichen Frieden und Fortschritt wesentlich ist. Wir sind soweit gekommen, daß wir heute wissen, diese Unfähigkeit, sich über eine gemeinsame Haltung zu einigen, hat ganz Europa in eine verhängnisvolle, kritische Lage geführt. Während der fünf Jahre, die dazu verwandt worden sind, jene ungeheuren Bibliotheken von verschiedenen Argumenten mehr oder weniger veralteter Statistiken und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zusammenzubringen, sind nach und nach die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands zusammengebrochen und damit die deutsche Produktionsfähigkeit. Ueberdies hat der Kredit sämtlicher europäischer Alliierter, da das Wirtschaftsleben Deutschlands allmählich erlosch, einen Stoß erhalten. Denn die Welt begreift es wohl, daß Deutschland, wenn das deutsche Volk seine Arbeitsfähigkeit verliert, selbst seine Fähigkeit einbüßt, jene Reparationen zu bezahlen, die ein so wichtiges Element der europäischen Zahlungsfähigkeit darstellen. In dem Maße, wie die wirtschaftlichen Funktionen Deutschlands unter der Wirkung einer stabilisierten Währung und eines ausgeglichenen Budgets sich wieder beleben, wird die deutsche Zahlungsfähigkeit wieder in die Erscheinung treten. Dann werden sich zum ersten Mal grundlegende und entscheidende Tatsachen zeigen. Helfen wir zunächst Deutschland, Heilung zu erlangen. Die ersten Maßnahmen, die wir treffen müssen, wäre nach meiner Ansicht ein System zur Stabilisierung der deutschen Währung. Es gilt das Wasser zu finden, das die Mühlen des deutschen Budgets treiben soll. Bauen wir die Mühlen erst dann, wenn wir das Wasser gefunden haben, das ihre Räder treiben soll.

Nach der Ansprache Barthous und der Erwiderung des Generals Dawes haben die Mitglieder des Sachverständigenkomitees unter sich ihre Arbeiten vereinbart. Es wurde der Vorschlag des Generals Dawes angenommen, zunächst die Frage der Stabilisierung der deutschen Währung in den Kreis der Beratungen zu ziehen. Nur in außergewöhnlichen Fällen sollen Berichte ausgegeben werden. Die Sachverständigen haben sich verpflichtet, auch privatim keinerlei Mitteilungen über die Beratungen zu machen.

Der erste Sachverständigenausschuß hat gestern nachmittag seine erste Arbeitssitzung abgehalten, die um 3 Uhr begann und um 6 Uhr 40 Min. zu Ende war. Der Presse ist keinerlei Mitteilung gemacht worden.

Eine Lockerung der kleinen Entente.

Wie der Londoner Daily Telegraph berichtet, ist bei den Beratungen der kleinen Entente in Belgrad durch die diplomatische Intervention der englischen und italienischen Regierung bei der jugoslawischen Regierung eine gewisse Lockerung der außenpolitischen Einheit des Bündnisses entstanden. Rumänien und Jugoslawien sollen Dr. Benesch erklärt haben, daß sie nach den englischen und italienischen Eröffnungen entschlossen wären, keine weitere Abmachungen mit Frankreich zu treffen. Man betrachtet hier das Abkommen zwischen Italien und Jugoslawien für den ersten Schritt der englischen Absicht, die kleine Entente in ihre Bestandteile aufzulösen und eine Angliederung von Polen, Rumänien und Jugoslawien an einen englischen Konzern herbeizuführen. — Nach der Schlußtagung der Konferenz der kleinen Entente reiste Dr. Benesch nach London. Er wird dort auch mit führenden englischen Kreisen in Verbindung treten, um den tschechisch-französischen Vertrag, der in der englischen Oeffentlichkeit große Mißstimmung erregte, zu interpretieren. Gleichzeitig mit den ungünstigen Berichten über die kleine Entente wird bekannt, daß die Fiumefrage vor der Regelung steht. Italien und Jugoslawien haben die großen Linien dieses Abkommens vereinbart, wonach Italien auf Grund des in Aussicht genommenen Vertrages Stadt und Hafen Fiume annektieren und Jugoslawien das angrenzende Delta und den Hafen Barras mit einverleiben solle. Neben diesem Abkommen soll ein besonderer Handelsvertrag abgeschlossen werden. Das Mißtrauen zwischen den beiden Staaten wäre damit beseitigt. Die englische Südfront würde dann von Spanien über Italien bis nach Belgrad gehen und sich vielleicht bis nach Rumänien erstrecken, so daß England dann seinen gesamten Süd- und Ostflügel gesichert hätte.

Nach einer Belgrader Meldung ist die Basis des italienisch-südslawischen Ueberein kommens folgende: 1. Italien verpflichtet sich alle Bestimmungen des Vertrages von Rapallo zu erfüllen, und alle mit dem früheren Minister des Aeußeren, Grafen Sforza festgelegten Abmachungen zu beachten. 2. Das Königreich Südslawien gewährt Italien volle Freiheit bezüglich der Organisation des Fiumaner Staates. 3. Südslawien wird das Recht auf die Benutzung des Fiumer Hafens auf 50 Jahre eingeräumt. 4. Italien und Südslawien werden eine Handelskonvention abschließen.

England und die Pfalz.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des B. T. in Heidelberg betonte der englische Generalkonsul Clive, daß England in der pfälzischen Angelegenheit durchaus unparteiisch und korrekt vorgehen werde. Er habe bereits am Sonntag mit Vertretern der pfälzischen Parteien gesprochen, um sich über die dortigen Zustände zu unterrichten. Er werde aber auch die Separatisten hören. In Mannheim werde er dem Vertreter der pfälzischen Kirche und in Speyer General Demetz einen Besuch abstatten. England stehe auf dem Standpunkt, daß das separatistische Problem eine innerdeutsche Angelegenheit sei, und nur auf Grund des Artikels 18 der Weimarer Verfassung gelöst werden könne. Clive schloß, England sei bereit, den wahren Willen des pfälzischen Volkes zu respektieren, soweit sich dies auf verfassungsmäßigem Wege auswirke. Es liege England fern, Frankreich zu diskreditieren, aber es könne den illegalen Separatismus nicht dulden.

Havas meldet, der französische Oberkommissar in den Rheinlanden, Tirard, hat seinen Kabinettschef Filliel zum Begleiter des englischen Konsuls in München, Clive, bei dessen Enquete in der Pfalz bestimmt.

Zu den Wirtschaftskämpfen.

Der Metallarbeiterverband gegen den Generalstreik.

Daß die Generalstreikhetze in der Metallindustrie nur eine rein kommunistische Mache ist, mit politischen Zielen, zeigt ein Bericht der sozialdemokratischen Essener Volkszeitung über die Essener Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die sich mit der Frage des Generalstreiks in Essen beschäftigte. Der Bericht führt aus:

Nach dem Referat des bevollmächtigten Kollegen Kischkat (Komm.), der einen kurzen Ueberblick über die Entstehung der Bewegung gab und sich mit aller Energie für den Generalstreik einsetzte, trotzdem der Hauptvorstand in Stuttgart die Sanktion abgelehnt hatte, begann eine lebhafte Aussprache. Die Generalstreikstimmung war hauptsächlich nur bei den Erwerbslosen vorhanden. Sehr treffend zeichnete Kollege Dabringhaus (Soz.) die Lage. Trotz aller grundsätzlichen Anerkennung des Kampfes für den Achtstundentag dürfe man nicht verkennen, daß dieser Streik unmöglich sei, da die Kruppschen Betriebe infolge der eingetretenen Verwirrung durch die Zurücknahme und Wiederherausgabe der Parole der Ortsverwaltung dem Streikbeschluß nicht Folge leisten würden. Da nicht einmal ein Achtungserfolg zu erzielen sei, könnten die sozialdemokratischen Kollegen die Verantwortung nicht übernehmen, nutzlos ohne die geringsten Aussichten auf Erfolg die besten und treuesten Verbandskollegen zu opfern! Das Bild für oder gegen die Streikparole wogte bedenklich hin und her, so daß es zeitweise schien, als wenn die Vertrauensmänner dem Beschluß der Ortsverwaltung nicht beipflichten würden. Trotzdem erhielt am Schluß der Versammlung die Ortsverwaltung eine Mehrheit von Stimmen für diesen aussichtslosen Kampf.

Die Essener Arbeiterzeitung fügt hinzu: „Aus dem Bericht geht ganz klar hervor, wie sich nunmehr die sozialdemokratischen Kollegen des Metallarbeiterverbandes gegenüber der Generalstreikparole einzustellen haben. Wie uns heute morgen berichtet wird, haben die meisten Kollegen auch in diesem Sinne gehandelt, indem sie der Generalstreikparole keine Folge leisteten. Störungen irgendwelcher Art sind bis zur Stunde nicht eingetreten." Weiter sagt der sozialdemokratische Blatt zu dem umgehenden Gerücht, die Schuld an dem Mißerfolg treffe die Essener Arbeiterzeitung, weil sie den Druck des Flugblatts verweigert habe; die Essener Arbeiterzeitung habe den Druck des Flugblatts mit einem Aufruf zum Generalstreik abgelehnt, weil der Hauptvorstand die Genehmigung zur Durchführung des Streiks noch nicht gegeben gehabt hätte. Das Ortsverwaltungsmitglied Freudenreich (Kommunist) habe auf ausdrückliches Befragen der Arbeiterzeitung erwidert, das Flugblatt würde auch verbreitet, wenn der Hauptvorstand die Genehmigung zum Streik versage. Damit sei die ablehnende Entscheidung für die Essener Arbeiterzeitung ganz klar gegeben gewesen.

Ein Beschluß der Freien Gewerkschaften.

Die nach Elberfeld einberufene Versammlung der Gauleiter und der Ortsausschüsse des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich mit großer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß das Berliner Abkommen über die Arbeitszeit in der Metallindustrie der Nordwestlichen Gruppe durch die Erklärung der Verhandlungsteilnehmer vom Deutschen Metallarbeiterverband und durch die Abstimmung der Mitglieder als bindender Vertragsteil nicht anerkannt worden sei. Die Gesamtgewerkschaften von Rheinland und Westfalen unterstützten deshalb den Abwehrkampf der Metallarbeiter gegen die Verlängerung der Arbeitszeit mit allen zweckentsprechenden Mitteln. Alle Arbeiter, denen ohne Zustimmung der Verbände eine längere Arbeitszeit aufgezwungen würde, hätten die Arbeit einzustellen. Alle andern Arbeiter, die weiter acht Stunden arbeiteten, müßten ihrer Solidarität durch Sammlungen für die Streikenden Ausdruck geben. Alle Parolen von wilden Konferenzen und von wilden Gewerkschaften seien von den Gewerkschaftsmitgliedern abzulehnen. Der Bundesausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes werde aufgefordert, diesem Beschluß beizutreten und auch seinerseits alles zum Gelingen des Kampfes Notwendige durchzuführen.

In Hilden sind jetzt alle industriellen Werke stillgelegt, auch solche, die mit der Metallindustrie nichts zu tun haben und in denen noch der Achtstundentag gilt. Die Führung der freien Gewerkschaften weist darauf hin, daß diese Ausdehnung des Kampfes nicht von gewerkschaftlicher Seite bewirkt worden sei. Vor solchen Ueberstürzungen und Unbesonnenheiten sei dringend zu warnen. Von zuständiger Seite sei der Generalstreik noch nicht erklärt worden.

Arbeitszeit und Erwerbslosenfürsorge.

Ueber die Frage der Arbeitszeit in der Metallindustrie und die damit zusammenhängende Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist den Gemeindeverwaltungen des Ruhrgebiets folgender Bescheid des Reichsarbeitsministers zugegangen:

Nachdem nunmehr auch zwischen der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und den beteiligten Arbeitnehmern eine Vereinbarung über die Arbeitszeit zustande gekommen ist, gilt die Auffassung, die von dem Schreiben des Arbeitsministers vom 12. Dezember mit Bezug auf die erwerbslosen Bergarbeiter des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues zum Ausdruck gebracht worden ist, auch für solche Erwerbslose, denen Arbeit in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie angeboten wird. Der Reichsarbeitsminister hat entschieden, daß die Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und den Organisationen der beteiligten Arbeitnehmer als gültig anzusehen ist, weil während der festgelegten Einspruchsfrist (17. Dezember 1923) kein Einspruch eingegangen ist, und betont, daß an dieser Auffassung die Tatsache nichts ändern kann, daß die Vertreter des nordwestdeutschen Metallarbeiterverbandes unter dem Vorbehalt der Abstimmung durch die Organisationen angenommen haben.

Das Schreiben vom 12. Dezember 1923 lautet folgendermaßen:

Nachdem für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande gekommen ist, bin ich der Auffassung, daß den Bergarbeitern im rheinisch-westfälischen Bergbau, die bisher Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, zugemutet werden muß, Arbeitsangebote, bei denen die verlängerte Arbeitszeit nach dieser Vereinbarung gefordert wird, anzunehmen. Falls sie sich weigern, ist ihnen nach Paragraph 8, Absatz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 2. November 1921 die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Der Vorwärts meldet: Die Beruhigung der Währung hat bereits einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Eine Uebersicht fehlt zwar noch, doch liegen bereits die Ergebnis der Zählung über den Beschäftigungsgrad im Textilgewerbe durch den Textilarbeiterbund von Ende Dezember vor. Während die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter im November noch 73 Prozent betrug, sind diese Zahlen im Dezember auf 50 Prozent herabgesunken und die Zahl der Vollarbeiter stieg gegenüber dem Vormonat auf mehr als das Doppelte.

Die erste Entscheidung des Kartellgerichts.

Das auf Grund der bekannten Kartellverordnung eingerichtete Kartellgericht hat, wie die Textilwoche mitteilt, am 7. Januar eine Entscheidung bezüglich des Hefesyndikats gefällt. Eine diesem Syndikat angehörende Firma hatte den Antrag gestellt, aus dem Verband mit sofortiger Wirkung auszutreten. Diesem Antrag ist vom Kartellgericht stattgegeben worden. Da sich dieser Klage gleichzeitig zwölf weitere Syndikatsmitglieder angeschlossen haben, so ist der Bestand des Hefesyndikats stark gefährdet.

Wie weiter gemeldet, schweben noch bei einer Reihe von anderen Verbänden ähnliche Auseinandersetzungen, u. a. beim Benzolverband, beim Rheinischen Braunkohlensyndikat usw. Die Kartellverordnung ist aber auch zu dem Zweck geschaffen worden, den Bestand von Syndikaten zu schützen und gegen einen ungerechtfertigten Austritt einzelner Mitglieder vorzugehen.

Die sächsischen Wahlen.

Wie Wolff meldet ist in fast allen sächsischen Gemeinden die bisherige sozialistisch-kommunistische Mehrheit in den Stadtparlamenten wenn nicht beseitigt, so doch stark eingeschränkt worden. In Dresden hat die vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands etwa ein Drittel ihres Bestandes an Stimmen und Mandaten eingebüßt. Auch die kommunistischen Gewinne können diesen Verlust bei weitem nicht ausgleichen.

Westfalen und Rheinland.

Wichtige Schadensersatzpflichtfragen der Eisenbahn

bei Verlust von Import-Gütern im besetzten Gebiet.

Kamen, 15. Jan. Für die Firma C. in St. Avold wurden mit internationalem Frachtbriefe im April 1919 drei Eisenbahnwagen mit Gemüsekonserven und Korinthen aufgegeben. In Forbach (Elsaß-Lothringen) wurden sie an die Firma C. in Köln umexpediert. Die Wagen liefen zunächst in der Richtung Saarbrücken und kamen endlich über Karthaus und Gerolstein unbezettelt und ohne Begleitpapiere in Köln an. Dort wurden sie von der englischen Besatzungsbehörde zunächst nach Koblenz gesandt, wo sie von den Amerikanern der deutschen Behörde zur Verfügung gestellt wurden und wieder nach Köln gelangten. Da die Engländer nicht wußten, wo die Wagen eigentlich hingehörten, wurden sie von der engl. Besatzungsbehörde auf Depot genommen und zum Teil verbraucht. Nachdem der Empfänger sich herausgestellt hatte, ist ihm der betreffende Teil vergütet worden. Den noch nicht verbrauchten Teil erhielt Klägerin Ende 1920 zurück und ließ ihn versteigern, soweit er noch brauchbar war. Für den ihr entstandenen Schaden, den sie auf grobfahrlässiges Verhalten der Beamten des Eisenbahnfiskus zurückführt, nimmt sie den Reichseisenbahnfiskus im Klagewege in Anspruch. Sie begehrt Zahlung von 109560 Franken und 150000 Mark entgangenen Gewinn. Vom Landgericht ist die Klägerin mit ihrer Klage abgewiesen worden. Das Oberlandesgericht Köln hat den Klageanspruch mit der Einschränkung dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt, daß als Schadensersatz nur der gemeine Handelswert (bezw. der gemeine Wert) zur Zeit der Aufgabe des Gutes in deutscher Währung zu ersetzen ist. Vom Reichsgericht ist dieses Urteil jetzt bestätigt worden. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen: Auf die Grundsätze des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr kann die Klägerin ein Recht, Schadensersatz in französischer Währung zu berechnen, nicht gründen. Denn dieses Abkommen war seit dem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland außer Kraft getreten und hatte zur Zeit des Verlustes die Geltung noch nicht wiedererlangt. Im übrigen ist davon auszugehen, daß die Beförderung auf Grund eines mit der deutschen Bahnverwaltung abgeschlossenen Frachtvertrages geschehen ist. Zu dieser Annahme kommt man auch bei Berücksichtigung der Umexpedierung der Wagen auf der Station Forbach. Handelt es sich aber um einen deutschen Absendungsort, so ist der Schadensersatzforderung nur der Geldwert der deutschen Währung zugrunde zu legen. Der Versailler Vertrag, während dem die deutsche Währung in dem besetzten Gebiet noch zu Recht bestand, ändert hieran nichts. Die Einführung der französischen Währung während der Zeit des Waffenstillstandes war an sich ungesetzlich. Ersatz des vollen Schadens (einschließlich des entgangenen Gewinns) kann die Klägerin aber nur fordern, wenn der Schaden durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Eisenbahn oder der Beamten entstanden ist. Richtig ist, wie der Berufungsrichter annimmt, daß die Beamten der Beklagten gegen die Vorschriften über das Ermittelungsverfahren verstoßen und auch sonst fahrlässig gehandelt haben. Denn obwohl im Oktober 1919 der Verbleib der Sendung aufgeklärt war, hat der Beklagte es unterlassen, der Klägerin von der Entladung des Waggons durch die englische Besatzungsbehörde Mitteilung zu machen. Allein ein grobes Verschulden, das heißt eine ganz besondere Verletzung der Sorgfaltspflicht des Beklagten liegt bei Berücksichtigung der eigentlichen Umstände nicht vor. Die Forderung von Verzugsschaden ist mit Recht abgewiesen worden, weil die Klägerin es an jeder näheren Angabe hat fehlen lassen, daß sie das Geld bei Erhalt sofort in französischer Währung angelegt oder sonst damit einen Gewinn in der beanspruchten Höhe erzielt haben würde. (Nachdruck verboten.)

•

Kamen, 15. Jan. **(Verschiedenes.)** Durch die Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 8. Februar 1922 sind öffentliche karnevalistische Veranstaltungen aller Art verboten. Es sind insbesondere Umzüge, Aufführungen, Vorträge und karnevalistische Tanzlustbarkeiten verboten. Unter das Verbot fällt auch das Tragen karnevalistischer Verkleidungen oder Abzeichen, das Singen, Spielen und Vortragen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge, das Werfen von Luftschlangen, Konfetti und dergl. auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 150 Goldmark, im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet. Der Bestrafung unterliegen sowohl die Veranstalter als auch die Teilnehmer und diejenigen, die zu Veranstaltungen der genannten Art auffordern, einladen oder sie in ihren Räumen dulden. Es wird von den beteiligten Kreisen erwartet, daß angesichts der Not der Zeit auch alle nichtöffentlichen Karnevalsveranstaltungen grundsätzlich unterlassen werden.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Montag = 4 189 500 000 000 bis 4 210 500 000 000, das englische Pfund = 18 151 500 000 000—18 245 500 000 000, der holl. Gulden = 1 615 950 000 000—1 624 050 000 000, der schweiz. Franken = 747 128 000 000 bis 750 872 000 000, der französische Franken = 201 791 000 000—202 509 000 000.

(Goldmarkbuchführung der Handwerker!) Durch die völlige Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf Goldmarkrechnung ist eine entsprechende Anpassung der Buchhaltung an diese neuen Verhältnisse zu einer unabweisbaren Notwendigkeit geworden. Wenngleich ein gesetzlicher Zwang für Goldmarkbuchführung für Handwerksbetriebe noch nicht besteht, so ist die Einrichtung dieser Buchführungsart den Gewerbetreibenden ab 1. Januar 1924 doch dringend zu empfehlen, denn nach der zweiten Steuernotverordnung gelten ab 1. Januar 1924 die Vorteile, die die Reichsabgabenordnung an die Führung von Büchern knüpft, nur dann, wenn die Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt werden. Ueber die Art und Weise der wertbeständigen Buchführung gibt die Verordnung keine Vorschriften. Die Durchführungsbestimmungen vom 7. Dez. 1923 erkennen eine Buchführung dann als wertbeständig an, wenn sie in Goldmark auf der Grundlage von wertbeständigen Zahlungsmitteln des Reiches, der Länder und Gemeinden oder in ausländischen Zahlungsmitteln erfolgt. Jeder wird sich daher in diesen Tagen darüber schlüssig werden müssen, wie er seine künftige Buchführung am zweckmäßigsten einrichtet.

(Mehr Porto, als die Post verlangt.) Briefsendungen werden jetzt häufig höher frankiert, als die Post selbst verlangt. So wird insbesondere jetzt oft nicht beachtet, daß die erste Drucksachenstufe zu 3 Pfg. bis 50 Gr. geht. Drucksachensendungen bis 25 Gr. werden mit 5 Pfg. freigemacht. Dann wird häufig nicht berücksichtigt, daß Sendungen im Ortsverkehr von mehr als 250 bis 500 Gr. für Briefe nur 10 Pfg. kosten, als Drucksachen dagegen 20 Pfg. Drucksachensendungen in diesem Gewicht werden also billiger, wenn man sie schließt und als Briefe aufliefert.

(Einheitliche Regelung des Preisabbaues.) Nachdem die örtlichen Behörden in den letzten Wochen vor allem auf dem Lebensmittelmarkt einen Abbau der Handels- und Verdienstspanne vorgenommen haben, will man jetzt dazu übergehen, Richtlinien zu schaffen. Im Reichswirtschaftsministerium haben, wie aus Berlin berichtet wird, unter Hinzuziehung der Polizei, der Wucherbehörden, sowie der Preisprüfungsstellen Besprechungen mit den Vertretern des Einzelhandels stattgefunden, in denen Grundsätzen für die Festsetzung der Verdienstspannen für den Großhandel und die kleinen Gewerbetreibenden gesucht wurden. Die Besprechungen werden auch mit den Vertretern anderer Gewerbe fortgesetzt werden, um nach Möglichkeit eine einheitliche Regelung des Preisabbaues vornehmen zu können.

(Friedensmieten und Einkommen.) In einer Zuschrift an die „Rh.-Westf. Ztg." macht der Ruhrsiedlungsverband folgende bemerkenswerten Ausführungen: In der Vorkriegszeit zahlte der Mieter durchweg rund ein Fünftel seines Einkommens als Miete. Heute kostet die Herstellung einer Wohnung etwa das Zweifache der Friedenskosten, während das Einkommen weiter Schichten der Bevölkerung, so z. B. der Beamten und Angestellten, auf etwa die Hälfte gesunken ist. Zahle jemand vor dem Kriege mit einem Jahreseinkommen von 5000 Mark hiernach 1000 Mark Miete, so müßte er bei freier Wirtschaft jetzt 2000 Mark für dieselbe Wohnung zahlen, während sein Einkommen auf 2500 Mark gesunken ist. Die Miete würde also vier Fünftel seines Einkommens verschlingen. Daß das nicht möglich ist, liegt auf der Hand. Die freie Wohnungswirtschaft läßt sich also nicht von heute auf morgen wieder einführen, zwangläufig wird daher auch die Wohnungsbautätigkeit, wenn sie überhaupt fortgesetzt werden soll, zunächst noch ausgleichender Unterstützung bedürfen.

Dortmund 14 Jan. **(Verschiedenes.)** Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren und getötet wurde der Fuhrmann Heinrich Brandherr aus der Ackerstraße beim Abfahren von Dünger. — Einem Bäckermeister wurde vom Trockenboden die ganze Wäsche gestohlen. Als Täter wurde die Dienstmagd des Bestohlenen verhaftet. — Weiter kamen erneut eine Reihe von Einbruchsdiebstählen zur Anzeige.

Schwerte, 14. Jan. **Infolge der Glätte** geriet das dem Direktor Fleitmann von den Nickelwerken gehörende Auto Freitag morgen auf der Landstraße von Rheinen nach Schwerte unter dem Ohl unweit der Brücke des Dortmunder Wasserwerkes ins Rutschen. Der Führer des Wagens verlor die Herrschaft und der Wagen stürzte die Böschung hinunter. Während der Führer mit dem Schrecken davonkam, wurde Herr Fleitmann am Kopfe verletzt. Der Wagen wurde schwer beschädigt.

Schwerte, 14. Jan. **Ein frecher Einbruchsdiebstahl** ist in der Donnerstag-Nacht bei dem Kaufmann Schniewindt an der Hörderstraße verübt worden. Die noch nicht ermittelten unwillkommenen nächtlichen Besucher haben mittelst einer Stichsäge ein Loch in die Ladentür gesägt und dann die Tür ganz gemütlich von innen geöffnet. Unter den im Laden aufgestapelten Vorräten wurde dann gründlich Umschau gehalten und große Mengen Waren aller Art ließen die Einbrecher mitgehen, so daß Herrn Sch. ein großer Schaden entstanden ist. Ein an den Tatort gebrachter Polizeihund konnte die Spur bis unweit der Spraveschen Wirtschaft verfolgen, dann ging dieselbe jedoch verloren.

Hombruch, 14. Jan. **(Einbrecher festgenommen.)** In der Nacht stießen die diensttuenden Polizeibeamten gegen 2 Uhr auf der Wilhelmstraße auf vier Personen, die sich verdächtig machten. Beim Näherkommen der Beamten ergriffen zwei Personen die Flucht, während zwei festgenommen werden konnten. Bei der Durchsuchung wurden Einbrecherwerkzeuge, wie Bohrer, große und kleine Brechstangen pp. vorgefunden. Bei näherer Feststellung stellte es sich heraus, daß die Personen an dem Geschäft der Frau Funke bereits den Bohrer an der Tür angesetzt hatten, um einzubrechen. Von den Festgenommenen, welche sich schon längere Zeit umhertreiben und meistens auf der Herberge in Dortmund kampieren, wird einer noch vom Amtsgericht Hörde ebenfalls wegen verübten Einbruchsdiebstahls steckbrieflich verfolgt. Sie wurden dem Amtsgericht Dortmund vorgeführt.

Schwere Zuchthausstrafen für Bandenräuber.

Letmathe, 14. Jan. Ein schreckliches Erlebnis hatte am Abend des 22. Dezember, also wenige Tage vor Weihnachten, der Landwirt Dietrich Geitmann in Kump (Kreis Iserlohn). H. besitzt einen kleinen, einsam gelegenen Kotten, dessen Ertrag so gering ist, daß H. noch als Kettenschmied tätig sein muß. Er ist bereits einmal nach dem Kapp-Putsch von Räubern heimgesucht worden und wurde auch am 16. Dezember beunruhigt, ohne daß es zu einem Ueberfall kam. Am 22. Dezember befand sich H. mit einem Kostgänger im Hause. Er erwartete die Heimkehr seiner Frau und als es abends gegen 8 Uhr klopfte, öffnete er arglos die Haustür. Anstelle der erwarteten Hausfrau betraten aber vier Kerle das Haus, von denen einer als Anführer auftrat, der sich auch einen falschen Bart vorgebunden hatte. Man setzte H. eine Pistole auf die Brust und band ihn durch mitgeführte Stricke auf dem Stuhle fest. In der gleichen Weise verfuhren die Räuber mit dem inzwischen herbeigeeilten Kostgänger. Dann wurde H. seiner Barschaft beraubt und erneut mit dem Revolver bedroht, als man in der Wohnung das vermeintlich versteckte Bargeld nicht vorfand, weil tatsächlich nichts vorhanden war. Vorgefundene Würste, Butter usw. wurden mitgenommen und H und der Kostgänger schließlich aufs schwerste bedroht, falls er vorzeitig Hilfe hole bezw. sich befreie. Die Ermittelung der Räuber gelang rasch, da die Heranführung der Räuberbande nur durch einen ortskundigen Mann erfolgt sein konnte, dessen Feststellung nicht schwer wurde. Die Räuberbande hatte sich jetzt schon vor der Hagener Strafkammer zu verantworten. Auf der Anklagebank saßen die zum Teil verheirateten und schon älteren erwerbslosen Arbeiter Siepmann, Gertel, Densing, Kinker, Hohmann und Althoff. Dieser hat als Wegführer gedient, während S. und Ge. die Seele des Unternehmens bildeten, von denen namentlich S. als eine Art Räuberhauptmann auftrat. Die Angeklagten waren geständig. Sie befanden sich alle in einer gewissen wirtschaftlichen Notlage. Das Gericht betonte, daß ein solches Verbrechen schwere Sühne verlange und die Strafen für die gemeine Tat abschreckend wirken müßten. Da die meisten Angeklagten zum Teil erheblich vorbestraft sind, so wurden nur einem mildernde Umstände zugebilligt. Es wurden verurteilt: S. zu 8 Jahren, Ge. zu 7 Jahren, K. zu 5 Jahren 6 Monaten, Ho. zu 5 Jahren, A. zu 5 Jahren Zuchthaus und D. zu 3 Jahren Gefängnis. Bei ihm allein blieb das Strafmaß unter der gesetzlichen Mindeststrafe von 5 Jahren Zuchthaus. S. und Ge. wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt.

•

? **Hasse**, 14. Jan. **(Eine nicht alltägliche Antwort.)** Einer hiesigen Firma, die bei einem Werke einen Motor bestellt und diesen wiederholt in dringendster Weise gemahnt hatte, entwortete das Werk endlich nur: „Evangelisches Gesangbuch, Lied 44, Vers 5." — Dort steht, schon 1606 von Michael Schirmer gedichtet: „Er wird nun bald erscheinen in seiner Herrlichkeit, der Euer Klag' und Weinen verwandeln wird in Freud'. Er ist's, der helfen kann: Halt' Eure Lampen fertig und seid stets sein gewärtig; er ist schon auf der Bahn."

? **Eickel**, 14. Jan. **(Im Alkohol erstickt.)** Der 22 Jahre alte Ignaz Nowack von der Kurfürstenstraße hatte soviel Alkohol zu sich genommen, daß er noch nachts infolge Vergiftung und Herzlähmung starb.

Herne, 11. Jan. Ein bezeichnendes Beispiel, wie sehr der Aufgabenkreis der Kommunen gewachsen ist und wie umfangreich die Verwaltungen ihren Apparat ausgebaut haben, bietet die hiesige städtische Verwaltung. Nachdem im alten Jahr einzelne Kündigungen bereits erfolgt sind und zum 1. Januar ein größerer Abbau vorgenommen worden ist, verbleiben in der Verwaltung 300 Beamte und Angestellte; hinzu kommen noch 43 Hilfsangestellte, so daß jetzt noch 343 Personen beschäftigt werden gegen 160 vor dem Kriege. Die Frage des Personalabbaues war schon öfter Gegenstand eingehender Debatte, weitere Einschränkungen stehen bevor. Der Posten des frei gewordenen Beigeordneten soll nicht wieder besetzt werden. — Die Verwaltung hat sich gezwungen gesehen, das schon seit längerer Zeit aus dem Verkehr gezogene wertbeständige Notgeld für Erwerbslose wieder zu verausgaben, ein Vorgehen, gegen das schwerste Bedenken zu erheben sind.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 15. Jan. Der Mieterschutzverein e. V. für den Amtsgerichtsbezirk Kamen hielt am Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokale Kümper am Rathaus seine Jahreshauptversammlung ab. Wegen Verhinderung der beiden Vorsitzenden wurde Herr Scharfenberg als Versammlungsleiter gewählt und eröffnete als solcher die Versammlung, indem er die Mitglieder willkommen hieß und für das zahlreiche Erscheinen dankte. Herr Gärtner las darauf das Protokoll der letzten Versammlung vor und hielt dann als Geschäftsführer einen ausführlichen Geschäftsbericht, aus dem besonders die Mitgliederzahl, die von 789 auf 1207 gestiegen ist, hervorzuheben ist. Herr Gärtner teilte ferner noch die im letzten Geschäftsjahre abgehaltenen Versammlungen mit und machte die Mitglieder darauf aufmerksam, die Hausbesuche, deren er im vorigen Jahr 213 zu erledigen hatte, unterlassen zu wollen und dafür die Auskunftsstunden zu besuchen. Nach diesem Bericht dankte Herr Oelgeklaus Herrn Gärtner für seine im Interesse der guten Sache im letzten Geschäftsjahre getane Arbeit. Den Kassenbericht erstattete Herr Hilverding, der infolge der Geldentwertung nur einen Kassenbestand von 3,55 Mark verzeichnete. Die Herren Kell und Berdes wurden zu Kassenprüfern gewählt. Auf Vorschlag Herr Küster zum 1. Vorsitzenden. Ferner wurde Herr Vo[illegible] als 2. Schrift- und als 3. Beisitzer Herr Dettmar gewählt. Ueber die Goldmieten hielt Herr Gärtner einen ausführlichen Vortrag und machte die Mitglieder auf die Folgen aufmerksam, die dann, wenn die sogenannten Friedensmieten in Kraft treten sollten, entstehen würden. Er wies besonders darauf hin, daß die erwerbslosen Witwen und Invaliden garnicht in der Lage wären, die Goldmieten zu bezahlen, zumal dieselben um ca. 50% höher wie die Friedensmieten sein sollen. Er betonte ferner, daß es jetzt der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes auch ein leichtes sei, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen aufzuheben. Die Folge würde dann sein, daß die mittellose Mieter von ihrem Hausherrn an die Luft gesetzt und dadurch vollends zu Grunde gerichtet würden, zumal doch das Einkommen der Mieter nicht wie vor dem Kriege ist. Zur Beitragsfrage schlägt Herr Gärtner einen Beitrag von 1,50 Mark und für Gewerbetreibende 3 Mark vierteljährlich vor, als Eintrittsgeld sollen 2 Mark erhoben werden. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Die Nachzügler, die die Beiträge für den Monat Dezember noch nicht bezahlt haben, müssen einen Nachtragsbeitrag von 50 Pfg. zahlen. Für Botenlohn wird ein Aufgeld von 20% erhoben. Unter Verschiedenes dankte Herr Scharfenberg im Namen des Mieterschutzvereins Herrn Gärtner nochmals für seine Bemühungen und Leistungen, die er im vorigen Geschäftsjahr gehabt hat, ferner dankte er auch Herrn Kümper für sein Entgegenkommen, und er den Mitgliedern keinen Trinkzwang wähle, der Auskunftsstunden auferlegt und es durch jedem Mitglied möglich ist, sich ohne Kosten Auskunft einzuholen. Die Versammlung wurde gegen 4 Uhr geschlossen.

Kamen, 15. Jan. Der Schützen-Verein Kamen veranstaltet am Sonntag, den 27. Januar, 5 Uhr beginnend, im „Schützenhof" einen Theaterabend. Es hat sich in zur Verfügung gestellt der „Verein der Theaterfreunde"-Kamen der den „Soldat der Marie" über die Bretter marschieren läßt. Wir weisen schon jetzt auf den Abend hin und empfehlen den Besuch.

Münster, 10. Jan. (Westfälischer Bauernverein.) Am Mittwoch, den 2. Januar 1924, vormittags 10 Uhr, findet im Cimbernhause in Münster eine Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins statt. Verbandsdirektor Dr. van der Borght-Bonn wird über das Thema „Landwirtschaft, Eigentum, Siedlung und Volksernährung im Lichte neuzeitlicher Erfahrungen und Erfordernisse" sprechen. Geschäftsführer Montag-Münster referiert über „Die Belastung des ländlichen Grundbesitzes". Am Dienstag, den 22. Januar 1924, 5 Uhr nachmittags, findet im Cimbernhause eine Vorstands- und Ausschußmitgliedersitzung statt.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 15. Jan. Aufgetrieben waren gestern: 484 Stück Großvieh, 507 Kälber, [illegible] Schafe, 1751 Schweine. Es kosteten 100 Pfund Lebendgewicht: Bullen: 1a 37—40, 2a 31—3a 23—30. Färsen und Kühe: 1a 49—50, 2a 48—50, 3a 40—48, 4a 30—40, 5a 15—20. Kälber: 2a 65—70, 3a 50—65, 4a 35—51, 20—35. Weidemastschafe: 1a 40—45, 2a 20—[illegible] Schweine: 1a 65, 2a 60—65, 3a 60—65, 55—60, 5a 45—55. — Marktverlauf: Großvieh sehr langsam, sonst langsam. In den Preisen sind enthalten die Unkosten an Fracht, Schlachtgebühren, Umsatzsteuer, Händlergewinn.

Wirtschafts-Zahlen.

1 Goldmark	1 000 000 000 000
1 Goldpfennig	10 000 000 000
Silber-Ankaufspreis	400 000 000 000
Dollar-Mittelkurs	4 210 000 000 000
Reichssteuer-Umrechnungssatz	1 000 000 000 000
Reichsindexziffer (29. 12.)	1 147 000 000 000

Briefkasten.

Frau B. S. in Kamen. Als Enthaarungsmittel wird das Böttchersche Depilatorium empfohlen. Die Zubereitung ist aber derart, daß Sie selbst sie nicht machen können und deshalb versuchen müssen, das Mittel in einer Apotheke zu bekommen. Sehr zweckmäßig soll auch ein Stück gestrichenes gewöhnliches Pechpflaster sein. Dasselbe wird auf die betreffende Stelle gedrückt. Nach einigen Stunden, wenn es ganz fest sitzt, zieht man dasselbe rasch mit einem Ruck ab, wodurch die Haare mit der Wurzel entfernt werden. — Neuerdings wird auch die Zerstörung der Haarwurzeln durch Elektrizität, insbesondere durch Anwendung von Röntgenstrahlen als sicher und dauernd wirkendes Mittel empfohlen.

Lerche. Gefrorene Kartoffeln verlieren den eigentümlich süßlichen Geschmack, wenn man sie mit kaltem Wasser aufsetzt, dieses kurz vor dem Kochen abschüttet und die Kartoffeln in bereitstehendem kochenden Wasser gar werden läßt.

Bei den teuren Zeiten sind Maggi's Erzeugnisse eine rechte Wohltat. Für verhältnismäßig wenig Geld kann man aus Maggi's Suppen köstliche Suppen verschiedenster Art herstellen. Die echten Maggi's Fleischbrühwürfel geben nur durch Aufgießen von kochendem Wasser kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, und einige Tropfen Maggi's Würze verbessern augenblicklich alle Suppen, Gemüse, Soßen und Salate.

Anzeigen in dieser Zeitung haben stets Erfolg.

Generalstreikbeschluß

der sozialistische „Volkswille" in nkirchen folgendes: „Der Generalstreik- schluß der freigewerkschaftlichen Metallarbeiter eigt, wie außerordentlich ernst die Situation im Industriegebiet ist. Die nächsten Tage dürften benutzt werden, um die Kampfmöglichkeiten genau zu erwägen und leidenschaftslos die Stellungen zu prüfen, die von beiden Seiten eingenommen werden. Es wäre zu begrüßen, wenn hüben und drüben keine Illusionen geweckt und gepflegt würden. Die Unternehmer scheinen zu glauben, daß die Kampfmittel der Arbeiter so beschränkt sind, daß sie nicht ausreichen, um einen längern Streik durchzuhalten. Daß sie sich täuschen, sofern nur die Geschlossenheit der Arbeiterschaft gewahrt bleibt, dürfte selbst von den Einsichtsvollen im Unternehmerlager anerkannt werden. Schließlich werden die Unternehmer doch auch erwägen müssen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo sie die Betriebe öffnen müssen, wenn sie ihren Verpflichtungen nachkommen wollen. Recht merkwürdig berührt eine Pariser Meldung, wonach die Nachricht von einem drohenden Metallarbeiterstreik die Blätter veranlaßt, sich ausführlich mit der Arbeitszeitfrage im besetzten Industriegebiet zu befassen, um daran die Ankündigung zu knüpfen, daß die Verhandlungen über die Frage der Arbeitszeit im Ruhrgebiet schnellstens aufgenommen werden sollen. Mit wem die Verhandlungen gepflogen werden und unter wessen Vermittlung, wird dabei nicht gesagt. Anderseits wäre es gut, wenn auch die Arbeiterschaft die Dinge so betrachtet, wie sie in ihrer brutalen Nacktheit sich darstellen. Was jetzt am meisten schaden könnte, wäre eine Unterschätzung des Gegners. Gewiß, es ist viel verlangt, von hungernden, seit Monaten arbeitslosen Arbeitermassen kühles Abwägen zu fordern. Trotzdem ist es notwendig, wenn nicht das Ende ein fürchterliches Erwachen sein soll. Unter allen Umständen müssen irgendwelche Teilaktionen vermieden werden, sie wären das schlimmste, was uns in dieser Situation begegnen könnte. Ein Streik von der Ausdehnung des geplanten ist von so bedeutsamer Art, daß alle Instanzen, die dazu berufen sind, nichts unversucht lassen dürfen, ihn zu vermeiden. Die Gefahr besteht, daß der einmal ausgebrochene Kampf eine Form annimmt, die das Aeußerste befürchten läßt. Das steht jedenfalls fest: mit einem gewöhnlichen Lohnkampf ist dieser Streik, wenn er zustande kommen sollte, nicht gleichzusetzen; der Einsatz ist dabei zu hoch. Um so größer aber ist die Verantwortung, die dadurch den Führern der Arbeiter, der Unternehmer und auch den deutschen Behörden zufällt. Wir erwarten bestimmt, daß unverzüglich neue Verhandlungen aufgenommen werden, die den drohenden Kampf verhindern. Wir erwarten auch, daß die übrigen Metallarbeiterorganisationen zu der veränderten Sachlage Stellung nehmen, damit es unmöglich wird, daß diese Auseinandersetzung zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgebertum zu einem Kampf aller gegen alle wird.

Der christliche Metallarbeiterverband

erläßt folgenden Aufruf zum Generalstreikbeschluß:

An die Metallarbeiter! Kollegen! Pressemeldungen zufolge hat eine Funktionärkonferenz des sozialistisch-kommunistischen Metallarbeiterverbandes zu Bochum mit 23 gegen 10 Stimmen beschlossen, einen Generalstreik auszurufen, um die Durchführung der Vereinbarung über die Arbeitszeit zu hintertreiben. Generalstreik ist Generalunsinn, ist frivol und verbrecherisch! Die Not des Volkes würde dadurch nur noch viel größer, das Elend der Arbeiter, der Frauen und Kinder nur noch verheerender werden. Die Eisen- und Metallindustrie ist mit in erster Linie berufen, die gewaltige Arbeitslosigkeit beheben zu helfen. Für die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes gilt gemäß Beschluß der Essener Revierkonferenz vom 16. 12. 23, dem Vorstand und Ausschuß zustimmte, die Vereinbarung als zu Recht bestehend. Wir richten daher an unsere Verbandsmitglieder den Appell, sich durch keinerlei Machenschaften irreführen zu lassen und überall die Arbeit aufzunehmen. Für den Christlichen Metallarbeiterverband gibt es keinen Generalstreik. Metallarbeiter! Die Treibereien kommunistischer Gruppen in deutschen Metallarbeiterverband stehen in striktestem Widerspruch zu den Verbandssatzungen dieser Organisation. Demnach gelten Streiks nur, wenn, wie es wörtlich im Statut heißt, „mindestens drei Viertel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder für die Arbeitseinstellung gestimmt haben". Die Dreiviertel-Mehrheit für den Streik ist nicht einmal bei der Abstimmung durch das Sechsunddreißigmännerkollegium in Bochum herausgekommen. Zudem ist durch die am 19. 12. 23 erfolgte Urabstimmung im D. M. V. das Arbeitsabkommen für Nordwest durch die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes angenommen und nicht verworfen worden. Laut offiziellen Mitteilungen des D. M. V. sollen innerhalb der Nordwestgruppe der sozialistische Verband über einen Mitgliederbestand von rund 130 000 verfügen, 40 000 Mitglieder stimmten bei der Urabstimmung gegen die Annahme der Vereinbarung. Unter Zugrundelegung der oben angegebenen Mitgliederziffern hat also nur eine verhältnismäßig geringe Minderheit die Vereinbarungen abgelehnt. Metallarbeiter! Folgt Vernunftgründen! Weist alle Generalstreikparolen zurück. Die Verkürzung über die Arbeitszeit muß durchgeführt werden, um weitere Verschlechterungen zu verhüten und um mit Fug und Recht wieder zu kürzerer Arbeitszeit zurückkehren zu können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatten.

Alter Bergarbeiterverband u. Arbeitszeit.

Der Alte Bergarbeiterverband setzt sich in seinem Organ, der Bergarbeiterzeitung, mit den Unionisten über die Arbeitszeit im Ruhrgebiet auseinander. Das Blatt schreibt u. a.: „Unsere Freunde von der Union haben in den letzten Wochen ein Flugblatt verbreitet, in dem sie die Ruhrbergbauleute aufforderten, keine achte Stunde zu verfahren und die Parole der Sechsstundenschicht aufzugreifen. In dem Flugblatt heißt es: „Nur der Zusammenschluß aller Bergarbeiter in einer gewaltigen revolutionären Organisation und die Zertrümmerung der Organisationen, die in Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum machen, kann Euch retten!" Als Kampfmittel, so schreibt die Bergarbeiterzeitung dazu, schlägt das Flugblatt vor, was schon Unions-Vertreter in einer gemeinsamen Aussprache mit Vertretern der vier Bergarbeiterverbände vorschlugen, einen Aktionsausschuß, ein gemeinsames Flugblatt, einen Betriebsrätekongreß und evtl. die Erzwingung der Ausfahrt nach der 7. Stunde. In der betreffenden Besprechung schlugen die Unionvertreter auch noch die Einstellung und Verhinderung der Notstandsarbeiten vor. Das letztere lehnten die Gewerkschaften ab, weil sie die Produktionsstätten nicht zerstören, sondern erhalten wollten. Praktische Kampfvorschläge konnten die Unionisten nicht machen; sie konstatierten im Gegenteil: Heute bestimmen leider die Unternehmer den Kampfboden, heute fehlen uns leider die Waffen, heute wäre der Streik oder der Generalstreik Unsinn." Die vier Bergarbeiterverbände haben mit dem Ueberarbeitsabkommen nur die im wahren Interesse der Bergarbeiter liegende Konsequenz aus vorstehenden Tatsachen gezogen.

Der Einzelhandel zur Steuerverordnung.

(W) Der Hauptausschuß des deutschen Einzelhandels der einzigen Spitzenorganisation des gesamten Berufsstandes tagte Samstag in Berlin unter restloser Beteiligung seiner Reichsfach- und Landesverbände um zu den wichtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Eine lebhafte Diskussion rief die neue Steuerverordnung und im besonderen die Bestimmung über die Vorauszahlung zur Einkommensteuer hervor. Trotz Anerkennung der Notwendigkeit des Auftreibens des Steuerbedarfes des Reiches und der Berechtigkeit, nach Kräften zur Vermehrung der Staatseinnahmen beizutragen, wurde die schematische Relation zu Umsätzen, die die besonderen Verhältnisse der einzelnen Wirtschaftsgruppen unberücksichtigt läßt und die Höhe des Satzes in keinem angemessenem Verhältnis zur Verdienstspanne steht, einmütig von der Versammlung als für den Einzelhandel untragbar befunden. Eine Durchführung dieser bisher erfolgten gesetzlichen Regelung würde außerdem einen weiteren Anreiz zur Steuerhinterziehung bieten und die in erheblichem Umfange gegenüber der auf 2½ Prozent erhöhten Umsatzsteuer stehenden von der Steuer nicht zu kontrollierenden Versorgung unter Aufrechterhaltung des legalen Einzelhandels plötzlich vermehren. Die neue Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung wurde auf das lebhafteste begrüßt, zumal in ihr sinngemäß ein bedeutsames Mittel zur Verbilligung der Preise, an der der Einzelhandel das größte Interesse hat, gesehen wird. Eine für denselben Tag angesetzte persönliche Vorstellung beim Herrn Reichswirtschaftsminister gab den für diese Besprechung delegierten Herrn Vertretern, die besonderen Wünsche darzulegen, die unter den augenblicklichen Verhältnissen des Einzelhandels, als im wirtschaftlichen Interesse liegend, zu fordern, als berechtigt erachtet werden. Die Tagung schloß mit der Erledigung der gesetzlichen Obliegenheiten u. a. der Aufnahme von zwei gebildeten Landesverbänden und zwei Reichsverbänden.

Eine Presseansprache des sächsischen Wehrkreiskommandeurs.

(W) Der Befehlshaber des Wehrkreises 4, Generalleutnant Müller, empfing die ausländischen Pressevertreter im Hotel Bellevue zu einem Tee, er hielt dabei eine Begrüßungsansprache, in der er unter anderem ausführte, in Deutschland habe man leider den Wert und Einfluß der Presse nicht immer voll erkannt. Sonst würde die Wahrheit über die Ursache des Krieges bekannter sein und das Märchen von der deutschen Schuld am Kriege würde nicht in einem solchen Umfange zum Verhängnis geworden sein. Von der Reichswehr habe er nichts Neues zu erzählen. Sie sei genau dem Versailler Vertrag entsprechend aufgestellt. Als er die Ruhe und Ordnung in Sachsen habe wieder herstellen müssen, sei er sogar auf Gruppen anderer Bezirke angewiesen gewesen aber einen anderen Feind gebe es noch in Sachsen, die furchtbare Not. Deshalb sei unter seinem Vorsitz eine große Hilfsaktion ins Leben gerufen worden. Ich bitte die ausländischen Pressevertreter, mitzuteilen, daß in Sachsen Ruhe und Ordnung wieder eingeführt sei, damit neue Aufträge und neue Arbeit ins Land kämen. — Nach dem lebhaften Beifall, mit dem die Ansprache aufgenommen wurde, ergriff Geheimrat Schmidt das Wort zu einem Vortrage über die Not in Sachsen. Hierauf dankte der Vertreter einer holländischen Zeitung dem Generalleutnant Müller für den überaus freundlichen Empfang. Nach einem Tee im Kreise der höheren Offiziere des Wehrkreiskommandos versammelten sich die Teilnehmer gegen sieben Uhr im staatlichen Schauspielhaus.

Weitere Nachrichten.

— **Auf der Berliner Stadtbahn betäubt und beraubt** wurde Freitag abend ein 69 Jahre alter Kassierer aus Charlottenburg, der auf dem Bahnhof Zoo einen nach dem Osten fahrenden Zug bestiegen hatte. Am Schlesischen Bahnhof stiegen die Mitreisenden aus und zwei Männer betraten sein Abteil. Bald darauf schlief der Kassierer ein. Als er wieder erwachte, befand er sich wieder auf dem Bahnhof Zoo. Während seiner Betäubung war ihm seine Aktentasche mit 750 Goldmark, eine Brieftasche mit 4 Dollarnoten und seine goldene Uhr mit Kette und Schlipsnadel entwendet worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

— **Bankberaubung mit Handgranaten.** In das Geschäftslokal der Filiale Graf in Roda des Bankhauses Max Müller Gotha drangen nach Geschäftsschluß gegen 6½ Uhr acht maskierte Räuber mit vorgehaltenen Revolvern und mit Handgranaten ein. Die vorhandenen Barbeträge fielen den Räubern in die Hände. Wie der „Thüringer Waldbote" in Ohrdruf zuverlässig erfährt, ist das Bankhaus durch Rückversicherung voll gedeckt. Die Räuber entkamen unerkannt. Die Depots und Depositen sind unverletzt.

— **Heftige Stürme** an der japanischen Nordküste haben zahlreiche Schiffskatastrophen, Verluste von Menschenleben sowie den Einsturz von Gebäuden verursacht, wodurch Hunderte von Familien obdachlos geworden sind.

— **Vermißt.** Der bei einer Berliner Firma beschäftigte Lehrling Warneck ist mit einer großen Summe, die er von einer Bank zur anderen bringen sollte, flüchtig geworden. Die unterschlagene Summe beläuft sich auf 6300 Goldmark. — Aus vielen Orten der französischen Küste werden schwere Sturmschäden gemeldet. Bei Quessant gab der englische Dampfer Burham gestern vormittag Notsignale. Eine Fischerflottille ist zerstört worden. — Reuter zufolge sind bei dem Brande im Hafen von London ungefähr 1000 Tonnen Kautschuk vernichtet worden. — Heftiger Sturm im Atlantischen Ozean hat die Ankunft zahlreicher Dampfer verzögert. — Wie aus Niagara-Falls gemeldet wird, wurde in Ontario ein neues Elektrizitätswerk eingeweiht. Dadurch wird die aus den Niagarafällen erzeugte elektrische Kraft um 55 000 auf 330 000 HP. erhöht. Im nächsten Jahre wird durch zwei weitere Werke die gesamte aus den Niagarafällen erzeugte Kraft auf 550 000 HP. erhöht werden.

Kleine Nachrichten.

Wie der Montag berichtet, wurde die französische und belgische Antwort im Auswärtigen Amt übersetzt. Da die beiden Noten zusammen 29 Seiten lang sind, konnte ihre Bearbeitung seitens der zuständigen Regierungsstellen noch nicht begonnen werden. Das Kabinett wird über die beiden Noten erst beraten, wenn der deutsche Geschäftsträger in Paris, von dort in Berlin eingetroffen ist, also nicht vor Dienstag.

Wie Temps mitteilt, wird die Botschafterkonferenz in kürzester Zeit zusammentreten, um die in Paris überreichte Note der deutschen Regierung über die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle zu prüfen.

Der soz. Kreisdirektor Koch in Gotha ist jetzt ebenfalls von seinem Amte suspendiert worden. Sein Nachfolger ist Oberregierungsrat Leuthäuser.

Infolge Herabsetzung der Kohlenpreise ist in Berlin mit einer Ermäßigung der städtischen Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität zu rechnen und zwar wird das Cubikmeter von 21 auf 19 oder 18 Pfennig verbilligt werden.

Der Erste Staatsanwalt am Landgericht Essen, Schulze-Velkum ist als Geisel verhaftet worden.

Der frühere Oberbürgermeister von Köln, Wilhelm von Becker ist gestorben.

Auf Veranlassung des früheren Geschäftsführers des Gutenbergverlages wird der Staatsanwalt gegen den sogenannten separatistischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Theodor Oehmen ein Verfahren wegen schwerer Urkundenfälschung einleiten.

Die Bank von Frankreich erhöhte den Diskont von 5 auf 5½ Prozent.

Venizelos hat das Amt eines griechischen Premierministers angenommen.

Das gesamte chinesische Kabinett ist zurückgetreten.

Nach der Vossischen Zeitung werden die Bayreuther Festspiele nach 10jähriger Unterbrechung in diesem Sommer in Neuyork wieder aufgenommen werden. Siegfried Wagner wird zu ihrer Vorbereitung Ende Januar in Neuyork erwartet.

Der französische Senat hat Danmorgue wieder zum Präsidenten gewählt.

Die drei italienischen Sachverständigen für die vom Wiederherstellungsausschuß eingesetzten Ausschüsse werden am Samstag Rom verlassen. Sie sind Mittwoch von Mussolini empfangen worden, um seine Instruktionen entgegenzunehmen.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene Teilnahme an dem schweren Verlust, der uns betroffen, sprechen wir hiermit unsern tiefgefühlten Dank aus.

Familie Wilh. Koepe.

Bergkamen, im Januar 1924. 106

Gewerbebank zu Kamen e. G. m. b. H.

Geschäftsräume: **Bahnhofstraße Nr. 45**

Fernruf Nr. 8.

Kassenstunden: 9—12½ Uhr, vorm., 3—6 Uhr nachm.

Wir vergüten bis auf weiteres:

für Guthaben auf wertbeständiges Scheck- u. Kontokorrent-Konto . . 10% jährl.

für wertbeständige Spareinlage . . . . . 12% jährl.

Ueberweisungen werden provisionsfrei ausgeführt 104

Holzverkauf

Weddinghofen.

Donnerstag, den 17. ds. Mts., morgens 10 Uhr, läßt Herr Holtkötter auf seinem Hof

ein Scheunentor,
3,40 m × 3,60 m groß,

2 Nummern Geschirrholz und altes Bauholz,

ferner in Beckenkort und Westkamp

80 Nummern Kiefern- und Eichenstangen,

zu Flechtung und Brandholz,

400 eichene Bohnenstangen,

2 Buchenstämme

von 40 und 80 cm Durchmesser

nummerweise, meistbietend mit freier Zufuhr gegen bar und Kredit verkaufen. 101

Töddinghausen, 12. Januar 1924.

Blödorn.

Frische Gemüsesämereien eingetroffen. 105

Sämtlich auf Keimkraft geprüft.

Im eigenen Anbau langjährig bewährte Sorten.

Gärtnerei Oesterich.

Einige gut erhaltene

Haushaltungsgegenstände

preiswert zu verkaufen. 98

Frau Wwe. Brüselmann,
Südkamen,
Afferdermeg Nr. 296.

Dreizölliger 107

Langwagen und Flachwagen,

beide gut erhalten, zu verkaufen.

Husen, Westickerstraße 6.

Guter, dreijähriger

Fuchs-Wallach

zu verkaufen. 103

Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Junges, williges

Mädchen

welches zu Hause schlafen kann, für kleinen Haushalt gesucht.

Zu erfr. in der Geschäftsst. der Kamener Zeitung. 100

Erteile vom 1. Februar an wieder 102

Musikunterricht

Lotte Jacoby,
Staatl. geprüfte Musiklehrerin.

Visitenkarten

in jeder Ausführung

liefert schnell und preiswert

Kamener Zeitung.

Weststraße 10.

Falkner Nr. 12. 1924.



Die Falkner auf Lindenhöhe.

39. Fortsetzung.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten.)

Germering drückte die Zähne in die Unterlippe; aber er sagte nichts, sondern gab durch eine schweigende Verneigung seine Zustimmung zu erkennen. Erika ging, und erst nach Verlauf einiger Minuten trat der Maler über die Schwelle, blaß und gebeugt, mit den zerstreuten Bewegungen und dem wirren Blick eines Mannes, der sich trotz verzweifelter Anstrengung noch nicht in der Wirklichkeit zurecht zu finden vermag. Schlaff, ohne Druck, lag seine kalte Hand in der des Arztes. Und er nickte nur, als Germering sein Beileid aussprach. Dann deutete er mit stummer Geste auf einen Stuhl und ließ sich dem Anderen gegenüber nieder.

„Sie können mir natürlich auch nicht sagen, woran meine Frau gestorben ist?" war das erste, was er sprach, ausdruckslos und noch immer mit leerem Blick vor sich hinstarrend. „Niemand weiß es. Vielleicht werden wir es nie erfahren."

„Ich bin der Meinung, daß Frau Falkner einem Herzschlage erlag. Solche Katastrophe bricht zuweilen auch über scheinbar Gesunde herein. Und ihre Gattin war nicht vollständig gesund."

„Wenn Sie etwas derartiges fürchteten, warum haben Sie es mir nicht gesagt?"

„Ich gestehe ohne weiteres, daß ich an solche Möglichkeit nicht gedacht habe. Denn ich hatte nichts als die Symptome einer hochgradigen Nervosität feststellen können. Der ärztlichen Voraussicht sind eben leider trotz aller Fortschritte der Erkenntnis noch immer — und wahrscheinlich auch für alle Zukunft — recht enge Grenzen gezogen."

„Ja. — Aber wenn man nun feststellt, daß sie vergiftet worden ist?"

„Daran glaube ich nicht. Die Möglichkeit kann ich freilich nicht verneinen. Vorerst jedoch scheint mir nicht der geringste Anhalt dafür gegeben."

„Und wenn es dennoch so wäre, wer könnte es getan haben?"

„Darauf weiß ich keine Antwort. Ihre Gattin hatte hier im Hause doch wohl keinen Feind."

Trübes Wetter.

Es ist ein stiller Regentag,
So weich, so ernst, und doch so klar,
Wo durch den Dämmer brechen mag
Die Sonne weiß und sonderbar.

Ein wunderliches Zwielicht spielt
Beschaulich über Berg und Tal;
Natur, halb warm und halb verkühlt
Sie lächelt noch und weint zumal.

Die Hoffnung, das Verlorensein
Sind gleicher Stärke in mir wach;
Die Lebenslust, die Todespein,
Sie ziehn auf meinem Herzen Schach.

Ich aber, mein bewußtes Ich,
Beschau das Spiel in stiller Ruh,
Und meine Seele rüstet sich
Zum Kampfe mit dem Schicksal zu.

Gottfried Keller.

„Hier im Hause — nein. Aber es gibt Leute genug, die hier aus und ein gingen. Kann es nicht recht wohl einer von ihnen gewesen sein?"

„Finden Sie nicht, Herr Falkner, daß es zu früh ist, darüber nachzudenken? Zunächst müßte jedenfalls die Feststellung erfolgt sein, von der Sie sprechen."

„Soll ich Ihnen ganz offen sagen, Herr Doktor, was ich denke?"

„Ich bitte darum."

„Ich glaube bestimmt, daß meine Frau ermordet worden ist. Ich dachte es schon, als ich sie plötzlich tot vor mir sah. Und seitdem ist es mir vollends zur Gewißheit geworden. Ermordet von einem, der ein Interesse daran hatte, sie aus der Welt zu schaffen."

„Das heißt, Sie haben einen bestimmten Verdacht?"

„Ist das schon ein Verdacht, was einem eine innere Stimme zuraunt? Ist es ein Verdacht, den man aussprechen darf?"

„Wohl kaum. Vorausgesetzt, daß er durch nichts anderes begründet ist als durch das, was Sie eine innere Stimme nennen. Aber da wir einmal von bloßen Möglichkeiten reden, haben Sie nicht auch an jene andere gedacht, die eigentlich viel näher liegt als die Annahme eines Verbrechens?"

„Ich verstehe nicht, was Sie meinen."

„Sie wissen, daß das Nervensystem Ihrer Gattin erschüttert war. Es gab vielleicht Stunden, in denen sie unter der Einbildung litt, nicht glücklich zu sein. Wenn sie nun in einer solchen Stunde, in halber Unzurechnungsfähigkeit natürlich, zu einem verhängnisvollen Entschluß gelangt wäre — —"

Mit einer ruckartigen Bewegung hob Achim den bis jetzt beharrlich gesenkten Kopf.

„Sie wollen mich glauben machen, daß sie Selbstmord verübt hat?"

„Durchaus nicht. Ich spreche von einer bloßen Möglichkeit, wie ja auch Sie bisher von bloßen Möglichkeiten gesprochen haben."

„Aber Sie müssen doch Gründe haben. Und es ist Ihre Pflicht, sie zu nennen. Sie dürfen mir nicht ausweichen."

Er war plötzlich in Aufregung geraten. Seine auf dem Tischrand liegende Hand zitterte heftig. Germering machte einen Versuch, ihn zu besänftigen.

„Ich habe keine anderen als die allgemeinen Eindrücke, die ich von dem Gesundheitszustande Ihrer Gemahlin empfing. Und erst in dem Augenblick, wo eine Vergiftung zweifellos festgestellt wäre, würde ich nach einer Erklärung in dem angedeuteten Sinne suchen."

Sein mildernder Vorbehalt übte auf Achim Falkner keine Wirkung.

„Das sind Ausflüchte. Was Sie dann für möglich halten würden, kann Ihnen auch jetzt nicht unmöglich scheinen. Und Sie sind mir eine Aufklärung schuldig. Woher wissen Sie, daß Signe sich unglücklich fühlte? Hat sie es Ihnen gesagt?"

„Ueber das, was sie mir als Patientin etwa anvertraut haben mag, darf ich mich nicht aussprechen."

„Das ist nichts anderes als eine Bejahung. Sie war also unglücklich! So unglücklich, daß sie sich dadurch nach Ihrer Meinung bis zum Selbstmord treiben ließ! Und selbstverständlich war ich es, der sie unglücklich gemacht hat!"

„Davon habe ich nichts gesagt."

„Nicht mit dürren Worten vielleicht. Aber ich habe es trotzdem gut verstanden. O, ich weiß wohl, in wie hohem Maße Sie ihr Vertrauen genossen. Und über was sonst sollte sie sich bei Ihnen beklagt haben, wenn nicht über mich! Darauf werden Sie sich nun berufen, um zu beweisen, daß sie von mir zur Verzweiflung getrieben worden ist. Ich sehe es voraus. Sie können mich nicht über Ihre Absicht täuschen."

„Seien Sie versichert, Herr Falkner, daß ich nichts derartiges tun werde. Was, in aller Welt, sollte mich denn dazu veranlassen?"

„Das kann man nicht wissen. Aber Sie werden keinen Erfolg damit haben. Denn ob sie unglücklich war oder nicht — nie würde Signe einen solchen Schritt getan haben — nie — nie!"

„Wenn Sie dessen gewiß sind, weshalb regen Sie sich denn über eine Bemerkung auf, die sicherlich nicht gegen Sie gerichtet werden sollte? Ist es mir gestattet, die Entschlafene zu sehen?"

Achim zauderte; dann, während er nervös an den Fingern seiner Linken zerrte, erwiderte er in hastig hervorgestoßenen Worten:

„Ich möchte Sie bitte, darauf zu verzichten. — Gönnen Sie ihr die wenigen Stunden ungestörter Ruhe, die ihr noch vergönnt sind, ehe die Messer der Aerzte sie zerfetzen. Ich habe ihr diese Ruhe gelobt. Und ich will mein Versprechen halten."

„Es bedarf keiner Begründung, Herr Falkner! Ihr einfaches Nein ist mir genug. — Ihrem Herrn Vater aber darf ich doch wohl jetzt meinen ärztlichen Besuch abstatten?"

Der Maler fuhr mit der Hand in die Brusttasche seines Rockes.

„Ja so — ich vergaß. Das war es ja in der Hauptsache, was ich mit Ihnen besprechen wollte. Sie wissen, daß der Sanitätsrat Dr. Barenthin von seiner Krankheit wiederhergestellt ist. Er ist ein alter Freund meines Vaters und Jahrzehnte hindurch sein Arzt gewesen. Daß er sich vielleicht vorübergehend in der Behandlung seiner jetzigen Krankheit geirrt hatte, kann daran nichts ändern."

Germering machte eine leichte abwehrende Bewegung.

„Bemühen Sie sich nicht weiter, Herr Falkner! Ich verstehe vollkommen. Ihr Herr Vater wünscht, daß der Kollege Barenthin seine Behandlung wieder übernimmt."

„Allerdings. Er hat mich ersucht, Ihnen eine dahingehende Mitteilung zu machen. Mit dem Ausdruck des Dankes natürlich für Ihre aufopfernden Bemühungen. Er bittet Sie, als ein kleines Zeichen dieses Dankes die beschiedene Summe entgegen zu nehmen, die ich Ihnen hiermit überreiche."

Er hatte einen verschlossenen Briefumschlag hervorgezogen und legte ihn vor Germering auf den Tisch. Der junge Arzt blieb unbeweglich.

„Ich erkenne die freundliche Absicht Ihres Vaters an; aber ich möchte auf diese Art der Entlohnung lieber verzichten," sagte er mit zurückhaltender Höflichkeit. Am Ende des Jahres werde ich mir erlauben, in der üblichen Form meine Rechnung zu überreichen, so wie sie sich aus meinen Büchern ergibt."

Achim murmelte etwas Unzusammenhängendes, denn er wußte offenbar nicht, was er auf die Zurückweisung erwidern sollte. Es gab ein kleines, peinliches Schweigen; dann stand Dr. Germering auf.

„Ich würde mich jetzt empfehlen, wenn ich nicht noch eine Bitte hätte. Es wäre mir von großem Wert, wenn ich Fräulein Falkner sprechen dürfte, wäre es auch nur für wenige Minuten."

Achim, der sich ebenfalls erhoben hatte, schien noch unsicherer zu werden, aber nach einigen Augenblicken des Zauders sagte er:

„Ich weiß nich, ob es möglich ist. Doch ich werde meine Schwester von Ihrem Wunsche unterrichten."

Er verbeugte sich und verließ das Zimmer. Germering wartete mit finsterem Gesicht. Es mochten etwa fünf Minuten verstrichen sein, als eines der Mädchen in der Tür erschien.

„Fräulein Falkner läßt um Entschuldigung bitten. Sie ist leider außer Stande, den Herrn Doktor zu empfangen."

„Ist das alles, was Ihnen aufgetragen worden ist?"

„Ja, es ist alles, Herr Doktor!"

„Wollen Sie mich also dem gnädigen Fräulein empfehlen. — Guten Tag!"

Er überschritt die Schwelle des Falknerhauses mit der Gewißheit, daß er sie nie mehr betreten werde.

(Fortsetzung folgt.)

Die Leistungen des Allgemeinen Knappschaftsvereins

nach der vom Reichsarbeitsminister erlassenen Zwangssatzung.

A. Pensionskasse.

In der Pensionskasse sind neu eingeführt: die Teuerungszulagen zu der Invalidenpension, der Witwenpension, dem Waisengeld und der Begräbnisbeihilfe, die nach dem Dienstalter und ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit gezahlt werden. Die Teuerungszulage zur Invalidenpension wird zusammen mit der Pension bei einem Dienstalter von 25 Jahren 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes erreichen. Diese Teuerungszulage wird auch zu den am 1. Januar 1924 laufenden Pensionen gezahlt; die Alterspension. (Sie wird gezahlt, wenn das Mitglied das 50. Lebensjahr vollendet, 25 Dienstjahre zurückgelegt, während dieser Zeit mindestens 15 Jahre wesentliche bergmännische Arbeiten verrichtet hat und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet); das Kindergeld als Zuschlag zur Invalidenpension für Kinder unter 18 Jahren; die Zahlung des Waisengeldes für Kinder verstorbener Mitglieder und Knappschaftsinvaliden statt bis zur Vollendung des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und in Hundertsätzen der Invalidenpension; der Beitrag zu den Begräbniskosten der Ehefrauen der Invaliden, der Witwen, Kinder und Waisen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Die einzelnen Sätze für die Leistungen werden wir nach Anweisung des Reichsknappschaftsvereins noch bekannt geben. Bis dahin werden in den Rentenzahlterminen Abschlagszahlungen geleistet.

Die Altersgrenze für die Aufnahme in die Pensionskasse ist weggefallen. Die Aufnahme kann mithin schon vom 14. Lebensjahre an erfolgen.

In Wegfall gekommen ist die freie Kur und Arznei für Knappschaftsinvaliden sowie für die der Krankenkasse nicht angehörenden Beamten, für letztere auch die Begräbnisbeihilfe, soweit sie nicht Invalidenpension beziehen oder der Krankenkasse angehören.

B. Krankenkasse.

Vom 1. Januar d. Jrs. an fehlt für alle über die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen hinausgehenden sog. Mehrleistungen die gesetzliche und satzungsmäßige Voraussetzung. Mehrleistungen können von den Knappschaftsvereinen auch in der Krankenkasse (§ 51 der Zwangssatzung) nur gewährt werden, wenn der vorläufige Vorstand des Reichsknappschaftsvereins denselben zustimmt. Nach Mitteilung des Reichsknappschaftsvereins haben Mehrleistungen in der Krankenkasse in Verbindung mit den gesetzlichen Zwangsleistungen der Pensionskasse bei der Aufsichtsbehörde ernstliche Befürchtungen wegen der Leistungsfähigkeit des Reichsknappschaftsvereins bei der heutigen traurigen wirtschaftlichen Lage erweckt. Empfohlen wurde dem vorläufigen Vorstande des Reichsknappschaftsvereins, von dem ihm eingeräumten Befugnissen, nur Mindestleistungen zuzulassen, Gebrauch zu machen. Nach der Mitteilung des Reichsknappschaftsvereins ist daher eine Zustimmung zu Mehrleistungen nicht zu erwarten. Es können deswegen auch nicht vorläufig irgendwelche Mehrleistungen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Reichsknappschaftsvereins gewährt werden.

Es beschränkt sich demnach in der Krankenkasse das Krankengeld auf die Hälfte des Grundlohnes, das Hausgeld auf die Hälfte dieses Krankengeldes, das Sterbegeld auf den 20fachen Betrag des Grundlohnes.

Die freie Kur für die Familienangehörigen fällt vom 1. Januar 1924 an weg, ebenso die Gewährung einer Barleistung bei Krankenhauspflege an Versicherte, die nicht den Unterhalt von Angehörigen bestreiten.

Von diesen Beschränkungen werden jedoch die vor dem 1. Januar 1924 eingetretenen Versicherungsfälle nicht berührt. Für sie bleibt es bei den bisherigen Leistungen. Insbesondere behalten die vor dem 1. Januar 1924 erkrankten Familienangehörigen für die Dauer dieser Erkrankung Anspruch auf ärztliche Behandlung und die vor dem 1. Januar 1924 zum Facharzt oder ins Krankenhaus überwiesenen Angehörigen die Behandlung nach Maßgabe der Ueberweisung.

Nicht berührt werden ferner die Leistungen der Wochenhilfe sowie die Krankenhausüberweisungen der Krankenkassenmitglieder selbst.

Mit einem guten Buch allein
Vergißt man leicht des Tages Pein.